



Berlin, 22. Januar 2015

Deutsche Post bedroht befristet Beschäftigte mit Lohnabsenkungen von bis zu 20 Prozent – ver.di sagt: „Breit angelegte Tarif- und Mitbestimmungsflucht“

Die Ankündigung der Deutschen Post AG vom 22. Januar 2015, einen Teil der bislang zum Haustarif befristet angestellten Beschäftigten in deutlich niedriger tarifierte neu gegründete Firmen abzuschieben, kritisiert die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) als „sozialpolitischen Skandal ersten Ranges“: Der Post gehe es wirtschaftlich prächtig, Anleger und Investoren würden mit äußerst positiven Prognosen gelockt, die schwächsten Beschäftigten sollten dafür zahlen: „Die Ankündigung der Post, angeblich 10.000 neue Arbeitsplätze schaffen zu wollen, ist ein klarer Fall von Tarif- und Mitbestimmungsflucht und eine Aushöhlung bestehender Verträge“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis dazu.

Ganz offensichtlich wolle die Post mit diesem Manöver die Arbeitsbedingungen von mehr als 10.000 Beschäftigten radikal verschlechtern. „Das ist der Einstieg in den Ausstieg aus der Sozialpartnerschaft“, stellte Kocsis klar. Das werde auch in der Politik nicht ohne Reaktionen bleiben. Nach Berechnungen von ver.di drohen den Beschäftigten allein mit Blick auf den Stundenlohn Absenkungen von bis zu rund 20 Prozent.

Nachdem das Unternehmen unter Ausnutzung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes mehr als 24.000 befristet Beschäftigte in Geiselschaft genommen habe, solle jetzt aus bestehenden Verträgen ausgestiegen werden. „Wir haben mit der Post Ende 2011 vereinbart, im Falle des ‚signifikanten Absinkens der wirtschaftlichen Ergebnisse‘ Gespräche aufzunehmen. Dieser Fall ist bislang nicht eingetreten. Umso unerträglicher ist für uns, dass die Post mit diesem Manöver offensichtlich unseren Vertrag zum Ausschluss der Fremdvergabe und den Entgelttarifvertrag unterlaufen will“, sagte Kocsis. Der Vertrag zum Ausschluss der Fremdvergabe läuft bis zum 31. Dezember 2015 und legt fest, dass maximal 990 Paketzustellbezirke von Konzerntöchtern oder Dritten betrieben werden dürfen. Der Entgelt-Tarifvertrag ist zum 31. Mai 2015 kündbar. „Wir fordern den Vorstand der Deutschen Post AG auf, strittige Fragen im Rahmen der geltenden Verträge am Verhandlungstisch zu lösen. Eine Tarif- und Mitbestimmungsflucht werden wir nicht hinnehmen“, sagte Kocsis.